

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurtmain“.
Telephon-Anschluss:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Diegehalt. Zeitzeile kostet 15 Pfg.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die fünfte Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluss der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.,
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Witzsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehlstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., Siml. in Frankfurt a. M.

Nummer 161 Dienstag den 13. Juli 1915 26. Jahrgang

Zwangsorganisation der Kohlenindustrie.

Herabsetzung der Getreidepreise in Oesterreich. — Vom Sofioter Attentatskomplott.

Rußland auf dem Wege zur Revolution?

Professor Theodor Schiemann, früherer Hochschulan-Redakteur der „Kreuzzeitung“, einer der besten Kenner Rußlands, hat eine kleine Schrift erscheinen lassen, worin er sich mit den Wirkungen des Krieges auf die innere Lage Rußlands beschäftigt. Schiemann, der früher versicherte, der Krieg gegen Deutschland sei völkisch und nur die Sozialisten seien dagegen, ist jetzt der Ansicht, daß die Stimmung gänzlich umgeschlagen sei und daß die revolutionäre Propaganda heute bereits 20 bis 25 Prozent der Armee ergriffen habe. „Mit dieser revolutionären Propaganda hängt auch das, was immer wiederholende Abziehen der Offiziere durch die Soldaten zusammen — das Dimensionen angenommen hat, von denen die Heeresleitung der Zentralmächte kaum in genügendem Maße unterrichtet ist, und die das Vertrauen der tapferen russischen Offiziere zu ihren Mannschaften ganz untergräbt.“ Endlich ist Schiemann der Meinung — die er begründet —, daß Rußland durch die erzwungene Verpflegung des Heeres wirtschaftlich ruiniert sei. „Diese Verpflegung Rußlands war dem Höchstkommandierenden gleichgültig, soziales und wirtschaftliches Verständnis ist bei ihm nicht vorhanden, er brauchte Verpflegung für die Soldaten — die wurde besorgt — vielfach schlecht besorgt, jedenfalls ungleich, aber es wurde geschafft. Das ganze Land aber ging darüber wirtschaftlich aus allen Fugen.“ Die Schlussfolgerung der Broschüre lautet im wesentlichen:

„All dieses nun hat, ohne den Haß gegen Deutschland zu mildern, die Mißstimmung gegen die Regierung sehr verschärft, und alles das wird von der Revolution ausgenutzt. Schon im Februar d. J. wühlte die Gendarmerie in Petersburg, daß es den revolutionären Zentren gelungen war, eine Organisation zu schaffen, die der des Jahres 1905 weit überlegen ist. Die Regierung hatte die Fäden in der Hand und wußte viel, wenn auch nicht alles, aber sie hielt es für zu gefährlich, durch Massenverhaftungen vorzugehen, und befürchtete davon einen vorzeitigen Losbruch und damit eine schlimme Rückwirkung auf den Westen, auf Rumänien und Italien — auch glaubte sie, daß die Bewegung durch das siegreiche Einbringen nach Ungarn und den Marsch auf Pest niedergehalten werden würde, während im Falle einer russischen Niederlage, an die sie zwar nicht glaubte, ihrer Auffassung nach ohnehin alles verloren war. Diese Anschauung herrschte auch in den Hofkreisen. Die Verleumdung des Oberbefehlshabers durch den Zaren an den Höchstkommandierenden für die Vereinigung Galiziens mit Rußland und die Kampfschritte offizieller Siegesfeiern im ganzen Reich waren nichts anderes als Verhöhnungsmittel gegen die Propaganda, der unmittelbar darauf folgende Zusammenbruch in Galizien der Anfang vom Ende — es sei denn, daß es Rußland gelingt, schnell Frieden zu schließen, durch die dann noch erhaltenen Heereskräfte die Revolution niederzuhalten und durch die Preisgabe der „Fremdstämmigen“ an die Völkern die Revolution zu ersticken. In dem Falle würde die ganze Schuld am Mißlingen dieses Krieges den verbündeten Mächten und den Fremdstämmigen aufgebürdet werden, den Juden, Deutschen, Polen, Litauern und Polen; man würde sie erproben, aushebeln und vernichten, ein fürstliches Los würde die Deutschen Rußlands treffen. — Die weitere Durchführung der Stolypinschen Reformen würde das großrussische Bauerntum über die bisher nicht überschrittenen Völkergrenzen des Reichs und der Reichstümer bis an die Grenzen des Deutschen Reichs bringen und die aggressive Idee, die von Rußland in seiner letzten Gestalt nicht zu trennen ist, würde durch diesen Verlauf eine ungeahnte Kraft und Nachhaltigkeit gewinnen, die in unvorstellbar kurzer Zeit mit ganz anderen Mitteln als in der Revolution suchen würde. Sie würde dabei Unterstützung finden in dem dadurch verstärkten Glauben von der Unbesiegbareit Rußlands bei all den vielen Millionen Fremdstämmigen von Finnland bis zum Schwarzen Meer, die diese Erkenntnis mit ihrer kulturellen Vernichtung befeuern müßten. Ebenso würde Rußland der gewaltige Nachschub für die Völkern bleiben und damit auch die größte Gefahr für die Zentralmächte.“

Kommt es hingegen nicht zum Frieden, so dürfte das eintreten, was die Revolutionäre erstreben — der Generalstreik der Industriearbeiter und des gesamten Proletariats, sowie aller revolutionierten staatlichen Institutionen (Post, Telegraph, Eisenbahn usw.) in dem Momente, wo die Verletzung des Heeres durch die fortschreitenden Niederlagen und die Propaganda so weit vorgeschritten ist, daß die Militärschritte losbrechen: das würde dann die allgemeine Anarchie bedeuten, in Finnland und im Kaukasus vielleicht den bewaffneten Aufstand, und für die Fremdstämmigen in dem großen Gebiete zwischen der Ostsee und der deutsch-österreichischen Grenze einerseits und dem Peipus und den Kolymasümpfen andererseits die Rettung bringen, ganz wie ein rascher Frieden alle diese Elemente westeuropäischer Kultur vernichten würde.“

In einem kurzen Nachwort beschäftigt sich Schiemann noch mit den Veränderungen im russischen Ministerium. Die Revolution erstreben ein Koalitionsministerium mit der Parole: Krieg bis zum äußersten und parlamentarischer Regime. Die Krise ist akut geworden, ihr Ausgang nicht vorauszuweisen, aber alle Anzeichen weisen darauf hin, daß Rußland auf dem Wege zur Revolution ist.“

Ischkeit, die nun in der russischen Armee herrscht, sehr charakteristisch ist. Der Soldat fuhr aus einer großen Stadt in der Ukraine nach einer größeren Grenzstadt Ostgaliziens zusammen mit 180 anderen Kameraden. Bevor sie in dieser Stadt anlangten, blieben von der Partie bloß 110 Mann übrig und 41 verschwanden unterwegs. Als der Partieführer, ein Kadett, dies dem Kommandierenden gemeldet hatte, erwiderte derselbe gerührt: „Ich bin in Ruß, ich habe auch außer die genug zu tun!“ Hierauf wurde die Partie, die inzwischen auf 111 Mann zusammenschmolz, nach V. geschickt, aber bloß 63 Mann sind in dem Bestimmungsort eingetroffen, der Rest lief einfach davon.

Die Soldaten besitzen kein Vertrauen zu den Offizieren und den Generälen, sie glauben nicht, daß es aus militärischen Gründen notwendig sei, Galizien zu räumen, und teilen der Meinung, daß sie verkauft wurden. „Wir vergossen unser Blut in einem Joch“, sagen sie, „und nun heißt es: Es ist notwendig — das ist eine Lüge, wir wurden verkauft!“

Es herrscht ein Mangel an Gewehren, die Soldaten müssen oft der Reihe nach in die Schützengräben getrieben werden, da es für 100 Leute bloß 25 Gewehre gebe. Auch mit den Artilleriegeschossen sei es sehr knapp. Man sucht überall nach ihnen, besonders in den Häusern, wo sie von dem Gegner hingeworfen wurden. Für jedes gesunde Geschütz zählt man dem Feinde einen Rubel.

Die Stimmung unter der russischen Bevölkerung sei sehr gedrückt, und man bemüht sich vergebens, dieselbe zu heben. Seit dem Ausbruch aus den Karpäthen habe man jede Zuversicht verloren.

Wien, 12. Juli. (D. D. P.) Das „Volksblatt“ meldet aus Stockholm: Indirekt wird nach hier aus Petersburg gemeldet: Die Zahl der in den letzten Tagen in der Petersburger Nordstadt unter der Beschuldigung revolutionärer Umtriebe verhafteten Arbeiter, Studenten und Beamten soll an 1800 betragen.

Zwangsorganisation der Kohlenindustrie.

Der Leitartikel unserer gestrigen Nummer schildert die Preisstrebereien des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials, besonders am Fall des Kohlenkontors. Nun meldet Wolffs Bureau amtlich aus Berlin:

Durch die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 vom Bundesrat heute beschlossene Verordnung betr. die Errichtung von Zwangsorganisationen für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau werden die Landeszentralbehörden ermächtigt, die Besitzer von Steinkohlenbergwerken und Braunkohlenbergwerken ohne ihre Zustimmung zu Zwangsorganisationen zu vereinigen, denen die Regelung der Förderung, sowie der Absatz der Bergwerkserzeugnisse der Gesellschaft obliegt. Die Errichtung einer derartigen Zwangsorganisation hat zur Folge, daß die beteiligten Bergwerksbesitzer in dem Absatz der gewonnenen Bergwerkserzeugnisse nicht mehr frei sind, sondern Beschränkungen unterliegen, die sich aus der Verordnung selbst und aus der Satzung ergeben, die zur näheren Regelung der Rechtsverhältnisse der Gesellschaft und der Gesellschaftsorgane von der Landeszentralbehörde zu erlassen ist. Nach der Verordnung liegt den Gesellschaften namentlich die Verpflichtung ob, von dem Geschäftsbereich der Gesellschaft als ihre Bergwerkserzeugnisse der Gesellschaft zum Zwecke des Absatzes zu überlassen. Zur Sicherung der öffentlichen Interessen gegenüber dem starken wirtschaftlichen Einfluß, den ein solches Zwangsmonopol der Zwangsbesitzer haben wird, sind in der Verordnung dem Staat verschiedene Aufsichtsbefugnisse eingeräumt. Insbesondere ist ihm eine gewisse Einflussnahme bei der Preisbildung vorbehalten. Auch ist die Bestellung eines Staatskommissars vorgesehen, der an den Verhandlungen der Gesellschaften mit beratender Stimme teilnehmen und die gefahrenen Nachteile wegen der Verletzung der Gesetz, der Satzung, oder öffentlicher Interessen beanstanden kann. Mehr die Berechtigung der Veranlassung entscheidet die Landeszentralbehörde. Die Verordnung wird alsbald bei der Frage der Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrials praktische Bedeutung gewinnen. Der Vertrag, auf dem die Tätigkeit dieses Syndikats beruht, läuft mit dem 31. November 1915 ab; schon vom 1. Oktober 1915 ab können die bisher bei dem Syndikat beteiligten Zechenbesitzer über ihre Produktion für die Zeit nach dem 1. Januar 1916 frei verfügen. Die bisherigen Verluste, eine Verständigung über den neuen Vertrag herbeizuführen, sind ohne Erfolg geblieben, hauptsächlich infolge großer Schwierigkeiten, die wegen Beteiligung der sogenannten Außenseiter bei dem neuen Syndikat herbeigeführt sind. Der Eindruck des syndikalistischen Aufstandes würde von tiefstehenden Störungen unseres wirtschaftlichen Lebens sein. Zunächst wäre in Zeiten von Kohlenknappheit eine ungehemmte Aufwärtsbewegung der Kohlenpreise zu Lasten der Verbraucher zu erwarten, der dann in Zeiten reichlichen Kohlenangebots ein starker Preisrückgang mit seinen für die Löhne der Bergarbeiter und die Finanzen der im Kohlengebiet gelegenen Gemeinden gleich nachteiligen Wirkungen folgen würde. Derartige wirtschaftlichen Erschütterungen muß während des Krieges und den auf ihn folgenden Jahre mit allen zulässigen Mitteln vorgebeugt werden. Das durch die Verordnung in Ermangelung einer tatsächlichen Einigung der Beteiligten vorgesehene Zwangsmonopol sichert eine weitere ruhige Entwicklung des Reiches des Kohlenbergbaus und bietet insbesondere durch den dem Staat vorbehaltenen Einfluß die Möglichkeit, für eine gewisse Stetigkeit der Kohlenpreise zu sorgen, bei der sowohl die Bedürfnisse des Verbrauches, als auch die berechtigten Interessen der Verbraucher gebührend berücksichtigt werden. Die Verordnung des Bundesrates läßt übrigens auch nach ihrem Inhaltstexten den Zechenbesitzern der rheinisch-westfälischen Steinkohlenreviere noch den Weg zu einem freiwilligen Zusammenschluß offen, denn sie bestimmt ausdrücklich, daß von der den Landeszentralbehörden beizulegenden Verfügung zur Bildung eines Zwangsmonopols kein Gebrauch zu

machen ist, wenn von den Bergwerksbesitzern, deren Förderung mehr als 97 v. H. der Gesamtförderung des in Betracht kommenden Bezirkes ausmacht, innerhalb einer durch die Landeszentralbehörde zu bestimmenden Frist eine Vereinigung zum Zwecke des gemeinsamen Absatzes der Bergwerkserzeugnisse durch Vertrag gebildet wird. Voraussetzung hierbei ist, daß die Landeszentralbehörde durch den geschlossenen Vertrag die öffentlichen Interessen als gewahrt erkennt. Dadurch ist also dem Staat auch für den Fall einer freiwilligen Syndikatsbildung ein gewisser Einfluß gesichert.

Also eine Art Staatskapitalismus von ganz eigenartiger Brägung. Unter der Voraussetzung, daß die Regierungen, zumal die preussische, das Interesse der Verbraucher fröhtig wahren, mag der neue Zustand durch seine Ausschaltung der wüßtesten Folgen des wilden Konkurrenzsystems als Notbehelf ein Fortschritt sein. Aber gerade diese Notverordnung beweist drastisch die Unhaltbarkeit des reinen Kapitalismus. Nun wird die Volksmasse um so energischer auf Überführung der gesamten Kohlenproduktion in Staatsbesitz drängen. Und deutlicher als je erweist sich die Notwendigkeit der Demokratisierung des preussischen Wahlrechts. Denn solange das Dreiklassenrecht den Bergbesitzern als Sicherheitswall dient, werden sie die bestgemeinte Verordnung zur „weißen Salbe“ machen.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)
Großes Hauptquartier, 12. Juli. (D. D. Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Am Nordhang der Höhe 60 südlich von H. p. n. wurde ein Teil der englischen Stellung in die Luft gesprengt.
Der Kahlampi am Westrande von Couches schreitet vorwärts. Der südlich von Couches an der Straße nach Arras gelegene, viel umstrittene Kirchhof ist wieder in unserem Besitz; er wurde gestern abend nach hartem Kampfe gestürmt. Zwei Offiziere, 163 Franzosen wurden gefangen genommen, 4 Maschinengewehre und 1 Minenwerfer erbeutet.
Bei Combrès und im Walde von Billy ging der Gegner gestern abend nach starker Artillerie-Vorbereitung zum Angriff vor; auf der Höhe von Combrès gelang es dem Feinde, in unsere Linie einzudringen; er wurde wieder hinausgeworfen; im Walde von Billy brach die feindliche Infanterie bereits vor unserer Stellung in unserem Feuer zusammen.
Nördlich der Höhe von Van-de-Sapit wurde ein Waldstück vom Gegner erobert.
Bei Amerzweiler (nordwestlich vom Altirch) überfielen wir eine feindliche Abteilung in ihren Gräben; die feindliche Stellung wurde in einer Breite von 500 Metern eingeebnet; unsere Truppen gingen sodann planmäßig unter Mitnahme einiger Gefangener vom Feinde unbelästigt in ihre Linie zurück.
Westlicher Kriegsschauplatz.
An der Straße von Suwalki nach Kalwarja, in der Gegend von Lipina, stürmten unsere Truppen die feindlichen Vorstellungen in einer Breite von vier Kilometern.
Südlicher Kriegsschauplatz.
Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert.
Oberste Heeresleitung.

Japaner in Marseille.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, ist in Marseille eine japanische Militärmission unter dem Befehl des Obersten Ogata eingetroffen.
Diese Mission wird die Sehnsucht nach japanischer Hilfe, die zumal Serbo brünstig äußert, nicht stillen.

Englische Genossenschaftler als Kriegshelfer.

In der Ende Juni in Manchester abgehaltenen Vierteljahrsversammlung der englischen Hochverleumdungsgesellschaft fragte nach dem Bericht der „Cooperative News“, ein Delegierter, weshalb die Gesellschaft für einen Fonds in Sierra Leone (Westafrika) 1000 Mark gezeichnet habe, um die königliche Regierung mit einem Kapital auszurüsten. Er protestierte dagegen, daß die Gesellschaft Kriegsmunition beschaffen helfe. Herr Lander erwiderte als Verwaltungsratsmitglied, daß alle Kolonien dem Mutterland Unterstützung angeheben ließen; dem entzöge sich auch das verhältnismäßig arme Westafrika nicht. Auch die Hochverleumdungsgesellschaft sei, da sie in Westafrika eine Niederlassung besäße, um einen Beitrag eingegangen worden. Sie fühlten keine Gewissensbisse wegen der Zeichnung und erlachten die Vermutung, sie mit anderen patriotischen Leuten in Westafrika das Vaterland unterstützen zu lassen, um die Intelligenz niederzuzwingen und Frieden und Wohlstand auf Erden zu schaffen. Die Versammlung spendete Beifall. Damit war die Frage erledigt.

Vom Unterseeboots- und Handelskrieg.

London, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Die Besatzung des Fischdampfers „Syrion“ ist in Grimsby angekommen. Der „Syrion“ war am Sonntagmorgen von einem deutschen Unterseeboot angegriffen worden. Die Besatzung rettete sich unter dem Beschutze des Unterseebootes.

Christiania, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Die norwegische Regierung hat der britischen Regierung durch die norwegische Gesandtschaft in London die ihr ausgegangenen Nachrichten mitgeteilt, nach denen ein bewaffneter Fischdampfer am 8. Juli den deutschen Dampfer „Friedrich Krp“ bei den Gufoschären in den Grund geholt habe. Die norwegische Regierung ersucht die britische Regierung, unterzucht zu lassen, ob das britische Schiff das norwegische Seegebiet verletzt habe, und fügt hinzu, daß, wenn es sich um ein britisches Schiff handelte, sie Widerspruch einlege.

Christiania, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Der Dampfer „Marillon“ aus Bergen wurde am 30. Juni nach einer Meldung des norwegischen Bureaus von einem englischen Kreuzer auf norwegischem Gebiet bei Åsna angehalten. Der Kreuzer forschte den Dampfer auf, anzuhaltend, und feuerte einen blinden Schuß ab. Die norwegische Regierung hat ihre Gesandtschaft in London ersucht, bei der britischen Regierung hiergegen Einspruch zu erheben und auszuführen, daß die norwegische Regierung selbstverständlich nicht im geringsten Maße den Gedanken hegt, daß das Aufhalten des britischen Schiffskommandanten durch die Grenzschließung der norwegischen Neutralität begründet worden sei. Wiederholte Fälle würden es aber notwendig machen, daß die betreffenden Kommandanten von der britischen Regierung aufgeklärt werden und zukünftig größere Aufmerksamkeit zeigten.

Ost, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Ein Genfer, der aus Philadelphia nach Genf zurückgekehrt ist, berichtet, das englische Schiff, das ihn in 18 Tagen ohne Zwischenfall nach Venedig gebracht habe, sei auf dem größten Teil der Reise von französischen Zerstörern begleitet gewesen.

London, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die amerikanische Bark „Normandy“ landete in Liverpool 14 Mann der Besatzung der russischen Bark „Leo“, die von einem deutschen Unterseeboot an der Küste von Venedig versenkt wurde.

Die deutsche Note an Amerika.

London, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Die „Morning Post“ meldet aus Washington: Obwohl man in offiziellen Kreisen in Washington über den Inhalt der deutschen Note pessimistisch denkt und einige Blätter sich erregt zu der Note äußern, kann doch zweifellos keine Rede von einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sein. Wenn der Inhalt der neuen Note nicht befriedigt, so werden die Vereinigten Staaten eine weitere Note absenden, und wahrscheinlich wird der Notenaustausch so lange fortgesetzt werden, bis der Krieg so gut wie zu Ende ist, falls nicht die Deutschen ein neues Blutbad unter den amerikanischen Bürgern veranstalten. Dies ist aber nicht sehr wahrscheinlich, da Deutschland deutlich genug wünscht, einen Bruch mit den Vereinigten Staaten aus dem Wege zu gehen.

London, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Das Reutersche Bureau meldet aus New York: Die ganze amerikanische Presse, ausgenommen einige deutsche Blätter, verurteilt die deutsche Antwort auf die amerikanische Note in scharfen Ausdrücken als ein unverschämtes Aufweichen vor den amerikanischen Forderungen. Viele Blätter nehmen an, daß die Vereinigten Staaten jetzt die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen und den Alliierten jede moralische Unterstützung gewähren würden.

Englische Zensur neutraler Telegramme.

Auf Veranlassung der Handelskammer Christiania hat nach „Aftenposten“ vom 8. Juli der norwegische Gesandte in London das britische Ministerium des Auswärtigen ersucht, zu erklären, daß der Abbruch eines von der englischen Zensur zurückbehaltenen Telegramms benachteiligt wird und daß der Gehaltsanteil eines zurückbehaltenen Telegramms für Beförderung über Großbritannien hinaus zurückbehalten wird.

Das Ministerium des Auswärtigen antwortete, daß die geforderte Benachteiligung und Erhöhung der Gebühren in einer von der britischen Regierung zurzeit bearbeiteten Neuordnung geplant sei. Aus der Antwort des Ministeriums geht weiterhin hervor, daß die britische Regierung sich für berechtigt halte, jedes Telegramm betr. Geschäfte mit Englands Feinden festzuhalten. Da aus dem Wortlaut der Telegramme oft nicht zu erkennen ist, ob es sich um Geschäfte mit feindlichen oder neutralen Ländern handelt, ist es möglich, daß auch Telegramme legitimer Art angehalten werden.

Amerikanischer Protest gegen die Waffenausfuhr.

Die Amerikanische Humanitätsliga hat sich mit der Bitte an den Präsidenten Wilson gewandt, sofort den Kongreß zu einer Sonder Sitzung einzuberufen zwecks Beratung und Beschlußfassung über eine Resolution, die dem Präsidenten die Machtvollkommenheit

heit gibt, jetzt und für alle Zeiten die Ausfuhr von Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial zu verbieten.

In dem Protest heißt es u. a.: „Wir gründeten unsere Bittschrift auf die unumstößliche Tatsache, daß der Krieg ohne Waffenausfuhr bald in sich selbst erlöschen muß, und daß wir als neutrale Nation uns billigerweise nicht dazu hergeben dürfen, den Konflikt zwischen unseren Schwelternationen zu verlängern. . . Die Geschichte unserer Republik zeigt, daß die Regierung unseres Landes im besonderen, wie auch die anderer Völker eifrig darauf bedacht gewesen sind, sich das Recht eines Waffenausfuhrverbots zu vorbehalten, wenn es die Umstände erforderten. Zahlreiche Beispiele von der Ausübung dieses Rechts finden sich in der Geschichte der Vereinigten Staaten. . . Wir sind daher der Ansicht, daß die Interessen unseres Landes im gegenwärtigen Augenblick es erfordern, dieses durch Herkommen gebilligte Recht bald und wirkungsvoll auszuüben. Denn andernfalls würden jene berühmten Worte unserer eigenen Neutralitätsklärung hinfällig werden, die da lauten: „Wir müssen neutral sein der Sache und dem Namen nach und jede Handlung unterlassen, welche einer der ringenden Parteien einen Vorteil über die andere bringen würde.“

Die Kriegslage in Galizien und Polen

ist im Wesentlichen noch unverändert, es herrscht verhältnismäßig Ruhe. Der Versuch einer russischen Offensive bei Lublin wurde völlig zum Stehen gebracht, der Rückstoß setzte ein. Die Russen weichen auf dem von ihnen eroberten Gelände, dessen sie sich in einer Breite von vier Kilometern bemächtigt. Vom 5. bis 10. Juli hatten die Russen unter Aufgebot großer Massen immer neu vorgestoßen. Der erhoffte taktische Erfolg, welcher übrigens die ungünstige strategische Position nur unwesentlich hätte beeinflussen können ist ihnen verweigert geblieben.

Das Besondere der deutschen Zivilverwaltung für Galizien-Polen bringt eine Verordnung betreffend die Rückkehr der Einwohner in das unter deutscher Zivilverwaltung stehende Gebiet Polens links der Weichsel und die Auforderung an Verpflichtete, bis zum 1. August zurückzukehren. Nichtbefolgung dieser Aufforderung zieht eine Abwesenheitssteuer nach sich, die für den Zuwandernden auf 5—15 vom Hundert seines Vermögens festgesetzt ist.

Italien im Krieg.

Der österreichisch-ungarische Bericht vom 12. Juli meldet: An der kistenländischen Front versuchten die Italiener wieder einige Angriffe, die wie immer abgewiesen wurden, so bei Vermegiano, Redibuglia und an mehreren Punkten südlich des Arzispfels. Im Rätischer Grenzgebiet dauern die Gefechtskämpfe fort. Auch gegen unsere Stellungen auf den Grenzbergen nordöstlich des Kreuzberg-Sattels und gegen einzelne Tiroler Werke richtete sich feindliches Artilleriefeuer. Neue Angriffe des Gegners auf den Col die Lana scheiterten gleich allen früheren.

Der italienische Bericht ist wieder die übliche Märchen-erzählung, ausnahmsweise nicht vom Wetter. Einer Behauptung über Schiffverluste der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine wird nach Informationen von maßgebender Seite entgegengestellt, daß die österreichisch-ungarische Flotte im Kriege mit Italien bisher keine Verluste erlitten, und daß auch die in den ausländischen Zeitungen wiedergegebenen Nachrichten über Beschädigungen an Unterseebooten unwahr sind.

Der „Messaggero“ erzählt aus Tripolis, daß italienische Truppen in Tripolitarien, in Misurata, Soms und Tripolis konzentriert sind, um den Ueberwachungsdienst über Konstantinopel an Lebensmitteln auszuführen.

Die Turiner „Stampa“ erzählt, daß das sozialistische Komitee des Unterstaatssekretärs des Innern, Gelesia, eine Denkschrift mit Vorschlägen gegen die Arbeitslosigkeit übergeben hat.

Um Albanien.

London, 13. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Die Londoner „Daily News“ melden, daß auf Vorstellungen des englischen Gesandten in Cetinje Montenegro die Uebergabe Skutaris an Italien verweigere. Die englische Regierung trägt den Konflikt vor.

Mailand, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) „Popolo d'Italia“ meldet aus Rom: Nach Nachrichten aus Griechenland haben griechische Truppen im Epirus 14 Dörfer südlich des Sees von Ochrida besetzt.

Vom Sofioter Attentatskomplott.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Sofia: Der Präsident des Kriegsgerichtes verlas nach der Verkündung des Urteils im Bomben-Attentats-Prozess ein Protokoll, in dem es u. a. heißt, daß nach dem Geständnis Helena Anastasowa sie mit dem Todtentuch das Signal zum Attentat gegen den König geben sollte, und daß der frühere Minister Dr. Genadijew die angestrichenen Beziehungen zu Vassil Anastasow unterbiete, dem er größere Summen in einer Gesamthöhe von 10 000 Franken gab. Der Gerichtshof habe beschlossen, eine Untersuchung gegen die beiden Genannten einzuleiten. Der Beschluß hat großes Aufsehen hervorgerufen.

Genadijew hat während des Kriegs sich fortgesetzt bemüht, Bulgarien an die Seite der Kriegsgegner der Zentralreiche zu bringen. Er war wiederholt in Paris und Rom. Der Zarismus rechnete bis vor kurzer Zeit bestimmt damit, daß seinem Freund und Schützling Genadijew das Werk gelingen werde.

Bukarest, 13. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Aus Sofia hier eingetroffene Privatnachrichten besagen, dort sei mit aller Bestimmtheit das Gerücht verbreitet, der ehemalige Minister des Auswärtigen Genadijew, der in dem Sofioter Attentatsprozeß kompromittiert worden ist, habe Selbstmord verübt. Eine Befestigung dieser Gerüchte von anderer Seite liegt jedoch nicht vor.

Weiter kommt aus Sofia die Meldung, auch der abberufene englische Gesandte Bar. Zronside sei durch den Prozeß schwer kompromittiert. Der bulgarische Minister hat sich bereits mit der Rolle befaßt, die der Gesandte in diesem Attentat gespielt hat. Um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden, sei Bar-Zronside abberufen worden.

Griedensbestrebungen.

Lausanne, 12. Juli. (M. B. Nichtamtlich.) Hier tagen Vertreter zahlreicher Kulturvereine aus den kriegführenden und neutralen Staaten zur Bildung einer ständigen internationalen Kommission zum Schutze bedrohter Menschheitsinteressen. 40 Verbände aus den verschiedenen Ländern haben bisher ihren Beitritt angemeldet. Die Kommission hat beschlossen, die Sekretariatsarbeiten dem Vorstande des Bundes für Menschheitsinteressen, Bern, Erlachstraße 23, anzuvertrauen. Zum Präsidenten wurde Professor Broda gewählt. Die Kommission hat eine Resolution angenommen, in der die Kulturvereine aller Länder aufgefordert werden, den gemeinsamen Kampf gegen die unter kulturellem Erbau bedrohten Gefahren und die solidarische Arbeit für Fortschritt und Kultur wieder aufzunehmen. Darauf wurde die Gefahr einer Annexion irgend welchen Vandalismus gegen den Willen seiner Bewohner behandelt. Man sprach sich gegen die Annexion Belgiens durch Deutschland, des slowenischen Dalmatien durch Italien, des türkischen Kleinasien durch Russland, und Verfalls durch irgendwelche europäischen Mächte aus. Die Kommission wandte sich gegen eine längere Kriegsdauer und befürwortete eine Verbesserung des Loses der Gefangenen. Sie begrüßte den von schweizerischen Delegierten unternommenen Versuch, in Frankreich und Deutschland zu berichten, was sich über gute Behandlung der Gefangenen in anderen Ländern sagen läßt, um so die Stimmung in der Richtung auf eine beiderseitige Besserung der Behandlung der Gefangenen umzuwandeln. Schließlich erhob die Kommission Einspruch gegen das harte Vorgehen der russischen Regierung gegen die jüdische Bevölkerung in Russland.

Der Frieden soll also auf Kosten Österreichs geschlossen werden. Die Zentralmächte dürfen nicht annehmen, sie müssen sich beschneiden lassen! lautet die Losung der Kulturfreunde. Ohne Zweifel stützen sie sich darauf, daß ja Österreich Quasidominanz in Italien machen wollte. Aber das Angebot wurde gemacht, um den Krieg zu vermeiden. Und wie kommt es, daß die Kulturfreunde die Nordru-

Seuilleton.

Spaziergänge in Lemberg.

Von dem ungarischen Kriegsberichterstatter Franz Gündör.

— Ende Juni.

Ich spazierte durch die Straßen des befreiten Lemberg das zehn Monate unter der Russenherrschaft schmachtete, und hunderte phantasiereicher Erzählungen schwirren um mein Ohr. Die Luft des herrlichen Sommerabends ist von dem harmonischen Zusammenklang tausendfältiger Freuden ausbrüche erfüllt; Glückseligkeit liegt auf den Gesichtern derjenigen, denen es vergönnt war, die Stunde der Befreiung zu erleben. Lemberg! Ich konnte die Hauptstadt Galiziens früher nicht, mein Interesse für sie erwachte erst, als ich wußte, daß sie von den Russen beherrscht wird. Jetzt, als nach langen zehn Monaten wieder ein frisch-freier Lufthauch weht, eile ich nach der Stadt, die ich im festlichen Durcheinander, im Larmel eines Freudenrausches fand. Die Erinnerung daran wird mir nie aus dem Gedächtnis schwinden.

Von Lemberg jetzt ein Bild zu zeichnen, das all die Farben wiedergibt, die heute dort in allen Schattierungen schillern, dazu müßte man ein hervorragender Künstler sein. Und die Gefühle der Bewohner zu schildern, die nach einem zehnmonatigen bleiernem Schlaf plötzlich in die Stimmung von Neugeborenen versetzt wurden, dazu ist die beste Feder zu schwach.

Die Stadt ist schön und bietet mit ihren monumentalen Gebäuden, breiten Straßen und Plätzen, mit Parkanlagen und ihrem lebhaften Verkehr einen überwältigenden Anblick. Als ich in Lemberg ankam, marschierten gerade Soldaten ein. Wusch, strammer Schritt, Blumen und farbige Bänder, rechts und links eine die Eingehenden begrüßende Menschenmenge, Hüteschwenken, Hochrufe, Umarmungen, Küsse, Gefächeln, Gefang, ein Schieben, Drängen, Laufen, Tanzen und Springen. Hier die ungarische Symme, dort das „Gott erhalte“ und „Die Wacht am Rhein“, kräftige „Vivat“-Rufe, „Hurra!“ und „Eien!“ Blumenwerfen, eifriges Debattieren und Gestikulieren, zum Beten gefaltete Hände — eine Menschenmenge, die nicht mehr Herr über sich selbst ist, die willenlos hin und her wogt, jauchzt und weint, berauscht von

Freude und Glückseligkeit. Durch eine Nebengasse werden zur selben Zeit russische Gefangene von deutschen Soldaten geführt. . .

Die Ukrainer und die Juden wurden stark verfolgt, aber es ist nicht zu leugnen, daß die Russen in Lemberg auch Freunde fanden. Lemberg selbst konnte aber trotz alledem nicht russifiziert werden. Vergebens wurden russische Schulen gegründet, vergebens sollte der russische Rubel, vergebens waren die erprehten Sympathiebekundungen der Bevölkerung, vergebens die Kanakchube, vergebens die Stiefelstritte der Kosaken: Lemberg blieb für die Russen fremd und kühl und was haben die Lemberger seelisch gelitten? Solange Wjzemsch in unseren Händen war, hoffte man, daß eines Tages die Russen auch aus Lemberg vertrieben werden. Als aber Wjzemsch fiel, und die Russen von der Festung Besitz ergriffen, erlosch in Lemberg auch der letzte Glaube an die Befreiung ihrer Stadt. Erste Leute erzählten, daß nach der Uebergabe der Festung in Lemberg 12 Personen — darunter mehrere Frauen — wahnsinnig wurden. Nirgends vielleicht wurde der Fall Wjzemsch so betrauert, wie in dem „russischen“ Lemberg, wo sich die Deutschen unendlich fühlten, sich in ihren Zimmern verborgen hielten, weinten und über den Verlust der Festung wehklagten. O. Wjzemsch spielte für die Bewohner Lembergs eine große Rolle! Viele fahnen bereits den Wan, aus dem „russischen“ Lemberg auszuwandern.

Heute sind diese Gedanken verblasst. In der heute vor Freude jauchzenden Stadt, die mit Fahnen und Wimpeln der Verbündeten reich geschmückt ist, zog am 20. April Nikolaus der Zweite als Sieger ein. Vor dem Hotel standen russische Stabskoffiziere und um 5 Uhr nachmittags setzte sich das russische Automobilkorps in Bewegung. Im ersten Auto saß der Gouverneur Skalon, im zweiten der Polizeihauptmann und in dem dritten großen, grau lackierten Auto saß der auffallend blasse Zar, zu seiner Linken General Kusky und vor ihm Graf Bobrinski. 18 Automobile folgten. Radko Dimitriew war natürlich auch dabei. 200 schwarzgekleidete Bauern wurden vor den Zaren gezwungen, die ihn im Namen der Bevölkerung zu begrüßen hatten, russische Soldaten schrien „Hurra!“ und starteten Schrederfülle auf das Auto des Zaren. Die Bevölkerung Lembergs zog sich in ihre Wohnungen zurück und demonstrierte auf diese Weise gegen den Autokrat. Am Abend mußte bei sonstiger Stille alles be-

leuchtet werden, im Gebäude des Statthalters war eine Festtafel und um 10 Uhr abends erschien der Zar auf dem Balkon und erklärte Lemberg und ganz Galizien für ewige Zeiten als russischen Besitz. Dann fuhr der Zar nach Wjzemsch. Das war am 20. April, und heute: wie ist doch alles anders geworden. . .

In Lemberg waren Leute, die alle Kämpfe gegen die Russen mitgemacht haben, in russische Gefangenschaft gerieten, aus der Gefangenschaft sich befreiten und als Zivilisten verbleiben im „russischen“ Lemberg hinf, sechs, acht bis zehn Monate lebten. Die meisten von ihnen wurden wohl wieder ausfindig gemacht. Die Dörana machte ganz besonders Jagd auf sie, aber es gelang ihnen ebenso viele Male wieder loszukommen. Eines der interessantesten Kapitel bildet das unterirdische Leben der Deserteure während der Russenherrschaft. Man muß wissen, daß die Dörana eine der vollkommensten Einrichtungen Russlands ist und mit so verwerflichen Mitteln sie arbeitet, so pünktlich entspricht sie ihrer Aufgabe. Es ist also begreiflich, wie die Dörana, die aus den geriebensten Spionen besteht, gegen die Leute gewühlt hat. Unter tausend Gefahren mußten sie sich der Verfolgung erwehren und ihr ganzes Leben galt dem einzigen Gedanken, wie sie sich aus den Krallen des Zarismus befreien können. Und sie warteten und konnten warten, bis die Sieger in Lemberg einzogen. Jeder einzelne von ihnen ist ein Held, der seinen kühnen Kampf hinter sich hat. Die schönste Probe menschlicher Überwilligkeit leisteten aber jene, die den Deserteuren Obdach und Zuflucht zur Verfügung stellten und trotz der ihnen drohenden Gefahr den Armen Schutz boten.

Die Deserteure bildeten eine eigene Gilde in Lemberg, sie konnten sich, schützten sich gegenseitig und lebten in verhältnismäßiger Stummheit ihr eigenes, gefährvolles Leben in der vom Feinde besetzten Stadt. Sie bildeten eine Gegen-Dörana, die sich bemühte, die Wege der Dörana zu durchkreuzen. Wenn einer von ihnen wieder gefangen wurde, so besorgten die anderen die zur Befreiung notwendigen Dokumente. Die nun der Reihe nach sich meldenden Deserteure aus russischer Gefangenschaft wurden mit der Frage: „Auch ein Abgeleiteter?“ empfangen. Dieses neue Wort wurde erst jetzt geprägt. Die Abgeleiteten fanden sich in besonderen Lokalen zusammen, in Kaffeehäusern und Gasthäusern, je nach ihrer Nationalität.

gen der Zentralmächte agns unterm Tisch verschwinden lassen, z. B. das Verlangen nach Abschaffung der britischen Seeräuberei?

Volksstimmung und Behördemaßnahmen.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ bringt folgende Sondermeldung: In Frankreich haben sich wichtige Vorfälle zugetragen, die für den Verlauf des Krieges nicht ohne Bedeutung sein dürften. Poincaré sei von seiner letzten Reise an die Front eher zurückgekehrt, als beabsichtigt war, weil Bevölkerung und Truppen Rundgebungen gegen die Fortsetzung des Krieges veranstalteten. Meldungen aus Frankreich berichten über ungewöhnliche Merkmale zunehmender Kriegsmüdigkeit. Bevölkerung und Armee hätten die größte Abneigung vor einem zweiten Winterfeldzug. Dazu kommen die Unzufriedenheit über die viel zu geringen Leistungen der Engländer, die weit hinter den Erwartungen und Versprechungen zurückblieben. Auch seien der englische und der französische Generalfstab uneinig und ihre nicht unbekannt gebliebenen Streitigkeiten wirkten auf die allgemeine Stimmung. Die Niederlage der Russen in Galizien und ihr Rückzug aus Galizien hätten in Frankreich den schärfsten Eindruck hervorgerufen. An Verwundeten, Kranken und Gefallenen verliere die französische Armee monatlich nicht weniger als 200 000 Mann.

Zu der Zahl sei angemerkt, daß die weitaus große Menge der Verwundeten bald wieder dienstfähig wird. Leider hat man keine Möglichkeit, den Inhalt der Meldung zu kontrollieren. Allerdings ist aus bestimmten Anzeichen zu schließen, daß man in französischen amtlichen Kreisen sich der Volksstimmung nicht mehr recht sicher fühlt. Der „Figaro“ merkt sich auch heftig gegen immer wieder auftauchende Gerüchte von Mißerfolgen des Vierverbundes. Die Urheber der Gerüchte müßten, so fordert es das Recht, festgestellt und exemplarisch bestraft werden. Jedenfalls begeben die französischen Sozialistenführer, die sich hartnäckig jeder Aussprache mit den Genossen aus den Zentralreichen entziehen, ein schweres Unrecht. Eines Tages wird die Volksmasse über sie hinwegschreiten.

Amsterdam, 13. Juli. (D. D. P.) Auf dem Umwege über Brüssel erfährt man hier, daß man in der französischen Hauptstadt einer royalistischen Verschwörung auf die Spur gekommen sei. Zwei Generale ein Bischof und mehrere Staatsbeamte sowie etliche Offiziere seien verhaftet worden. Die Untersuchung werde streng geheim geführt. Als einziges Blatt brachte „Guerra sociale“ einige Andeutungen über die Tätigkeit der Polizei zur Aufhebung der Verschwörung, wofür es beschlagnahmt wurde.

In Kiel wurden die Verfassungsbestimmungen über Unberücksichtigung der Wohnung, Pressefreiheit, Versammlungsrecht usw. vom Gouverneur mit folgender Begründung aufgehoben:

„Das durchaus ruhige und in jeder Beziehung anerkanntswürdige Verhalten der Kieler Bevölkerung einerseits und die vaterländische Gesinnung der hiesigen Zeitungen andererseits würden eine Verschärfung des jetzigen Zustandes auch nicht notwendig gemacht haben. In neuester Zeit sind aber in einigen Teilen des deutschen Vaterlandes Flugblätter und Druckschriften hergestellt worden, die trotz des Verbots der Regierung die Kriegs- und Friedensziele Deutschlands und seiner Verbündeten in einer so ungeschicklichen, einseitigen und irreführenden Weise behandeln, daß sie durch ihren Inhalt nicht bloß im eigenen Lande schädlich wirken, sondern auch im Ausland den Eindruck erwecken müssen und schon erweckt haben, als ob das deutsche Volk am Ende seiner Kraft wäre und seinen Willen zum Durchhalten bis zu einem ehrenvollen und sicheren Ergebnis des uns auszuweisenden Krieges aufzugeben gesehe. Diese Druckschriften, verfaßt von einer verschwundenen Minorität, die nicht imstande ist, die militärische und diplomatische Lage zu beurteilen, erzielen gerade das Gegenteil des gewollten Erfolges, denn sie ermutigen unsere Feinde, erst recht ihrerseits alle Anstrengungen zu machen und den schon wonnen gewordenen Glauben an ihren Sieg wieder aufzurichten. Es ist deshalb notwendig, gegen alle solchen Kundgebungen sofort und unmissbar vorzugehen zu können. Außerdem verlangt die Notwendigkeit unbeschränkter Einschreitung gegen Spione und Agenten fremder Mächte die Aufhebung einiger anderer Bestimmungen der Verfassung.“

Es wird dann noch versichert, daß bei der jetzigen Salbung der Bevölkerung und der Zeitungen praktisch an den bisherigen Zuständen nur formale Änderungen, aber keine Beschränkungen der bisherigen Rechte eintreten sollen.

Friedensschluß in Afrika?

Der „Manchester Guardian“ erörterte kürzlich den Gedanken, daß der Vertrag von 1885, wonach Zentralafrika von einem europäischen Kriege unberührt bleiben sollte, wieder in Kraft gesetzt werde. Das Blatt wies auf einen höchst wichtigen Aufstand im (englischen) Nyassaland hin, sowie auf bedeutende Schwierigkeiten mit den Eingeborenen, denen Portugal in Angola gegenüberstehe. Dieser Friedenswunsch eines bürgerlichen Blattes, wenn auch nur bezüglich des afrikanischen Kolonialgebietes, ist bezeichnend für die Angst vor der „schwarzen Gefahr“, die dieser Krieg heraufbeschworen hat. Seit den Kämpfen der Holländer und Engländer um die Vorherrschaft zur See, die am Ende des 18. Jahrhunderts auch in dem von holländischen Korn- und Viehhuren besiedelten Kaplande ausgetragen wurden, haben Kriege zwischen europäischen Mächten nicht wieder in Afrika stattgefunden. Der Burenkrieg Englands vor etwa 15 Jahren war der letzte Kampf auf dem dunklen Kontinent überhaupt, in dem der Weiße dem Weißen feindlich gegenüberstand. Wegen der „gräßlichen Folgen“ haben die Kolonialstaaten sich seither geübt, den afrikanischen Eingeborenen das Schauspiel der Uneinigkeit und Zersplitterung Europas in Vernichtungskämpfen zwischen Angehörigen der weißen Rasse vor Augen zu führen. Das Interesse des internationalen Kapitals verbietet, daß die gemeinsam betriebene Ausbeutung der Farbigen gestört werde oder daß derselben Hindernisse, die aus Eingeborenennrunden entstehen können, in den Weg gelegt werden.

So haben die in Afrika interessierten Staaten in der Konvention vom 26. Februar 1885 sich verpflichtet, ihre „Meinungsverschiedenheiten“ unter sich auszumachen und nicht „schwarze Bevölkerungen gegen weiße zu setzen“. Artikel 11 der Akte sieht vor, daß die in dem sogenannten „konventionellen Kongobecken“ liegenden Besitzungen der Garantiemächte zu neutralisieren seien, „wenn das betreffende Mutterland in einen Krieg verwickelt wird, und zwar verpflichten sich die Unterzeichnermächte der Kongokonferenz, ihre guten Dienste zu leisten, damit im Einverständnis mit den kriegführenden

Teilen die Neutralität des betreffenden Gebietes erklärt werde.“ In dieser durch die Akte festgelegten Freihandelszone liegen u. a. der belgische Kongobecken, Deutsch-Ostafrika und Teile von Kamerun, Britisch-Ostafrika und Teile von Rhodesien, sowie von Französisch-Kongo. Jedenfalls Schutzgebiete, in denen (wie z. B. in Kamerun und Ostafrika) sehr erbitterte Kämpfe zwischen Deutschen und Weißen im gegenwärtigen Kriege sich abgelebt haben. Der Weltkriegs-Sturm hat, wie so viele andere völkerrechtlichen Verträge, also auch die Kongokonferenz in Fetzen zerrissen. In die entlegensten Gegenden des schwarzen Erdteils hat man Kriegsgewalt, Mord und Brand getragen.

Der kapitalistische Kolonialismus Afrikas werden nach dem Kriege nicht geringe Schwierigkeiten erwachen, denn die gegenwärtige Herabwürdigung der weißen Nationen, wie wir sie heute erleben, kann ihren Eindruck auf die Farbigen unmöglich verhehlen. Die christlichen Missionen, die bekanntlich die „Regerseelen“ für die kapitalistische Kultur empfänglich machen sollen, erhoben schon zu Anfang des Krieges, freilich ohne Erfolg, flammenden Protest gegen die Uebertragung des Krieges in die Welt des primitiven Eingeborenen. Auf einer Missionskonferenz, die dieser Tage in Erfurt stattfand, wurde allgemein darüber geklagt, daß das Ansehen der Weißen bei den farbigen Völkern in den Staub gesunken sei. Herr Professor W a r n e r meinte, vielfach seien die Neger gegen die Weißen rebellisch gemacht worden. Wo man jahrelang dazu brauche, sich das Vertrauen der Schwarzen zu erwerben, da sei das Mißtrauen der Farbigen gegen die Missionen wieder geschürt, und es würde Jahrzehntelange dauern, bis dieses kostbare Gut wieder hergestellt sei, so namentlich bei den Hereros und Gontentotten.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß noch während des Krieges an verschiedenen Stellen Afrikas Aufstände ausbrechen werden. Als sicher aber darf wohl gelten, daß nach dem Kriege, wenn Europa erschöpft sein wird, die „äthiopische Bewegung“ unter dem Schlagtruf: „Afrika den Afrikanern!“ besonders aufblühen wird. Gewalttätige Anstrengungen werden von Seiten der Kolonialstaaten nötig sein, um die aufbegehrenden Völker in ihr altes Loch, das Loch der Robinsonade, zurückzutreiben. Man unterschätze die Schwierigkeiten nicht, die die afrikanischen Eingeborenen den Weißen bereiten können. Ganz abgesehen von den islamitischen Senussi im nordafrikanischen Tripolitani, die in letzter Zeit die Italiener fast bis zur Küste zurückgetrieben haben, repräsentieren auch die eigentlichen Negervölker — allein das tropische Afrika zählt 105½ Millionen Einwohner — recht hartnäckige Gegner. Das beweisen u. a. die Kämpfe der Franzosen in Dahome, der Engländer gegen die Ashantis, die englische Niederlage 1879 im südafrikanischen Zululand, der mutwillige Widerstand des Nubis von Omdurman im ägyptischen Sudan, die grausame Niederlage der Italiener im Kampf gegen die Abessinier, endlich die langwierigen Kriege in fast sämtlichen deutschen Kolonien, vor allem der opfervolle Herosfeldzug in Südwestafrika.

Alles in allem: selbst wenn die kriegführenden Mächte zu einem baldigen Friedensschluß in Afrika kämen — was durchaus möglich wäre —, der unausweichliche Kampf der Kolonialbevölkerung gegen das Kolonialkapital dürfte damit nicht beendet sein.

1 gegen 10.

Amsterdam, 13. Juli. (D. D. P.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in einer Erörterung der Ereignisse in Südwestafrika: Die Deutschen zählten 3870 Mann. Wie groß die Kampfkraft der Union war, wissen wir nicht genau. Am 15. Juni jagte der französische Generalgouverneur Hurden in einer Rede in Bloemfontein, daß noch 30 000 bis 40 000 Truppen an den Operationen teilnehmen. Also standen die Deutschen in den letzten Monaten ein Mann gegen 10.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

tagte in Berlin in der Zeit vom 5. bis 7. Juli dieses Jahres. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- und Kasienbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchener Gewerkschaftskongress konnte noch nicht vorgelegt werden. Der Kasienbericht wurde jedoch erstattet und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zuerst eine Übereinstimmung nicht zu erzielen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitgliedern, die bereits vor dem Kriege ihre Kartenzettel für Unterstufungsbesuch erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht Unterstufungsbesuch hatten, die Wiedererlangung von Unterstufungsrechten der Ausgewanderten, die Anrechnung einzelner Unterstufungsarten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege usw. Eine der Konferenz vorgelegte Uebersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände ergab die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, was bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandssitzungen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlichen Grundsätzen trat zwar hart hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewußt. Die Konferenz gelangte daher zunächst nur zu dem Urteil:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände zu hart sein würde.“

und verbot die Beschlußfassung über positive Einheitsgrundsätze bis zur nächsten Konferenz.

Eine Umfrage darüber, wie viele Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab, daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Satzungen zurückgekehrt sind, bezw. dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 31 Gewerkschaften noch nicht wieder die vollen statutarischen Unterstufungen gaben. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterstufungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Satzungen.

Zur Beratung der Kriegsgeschädigtenfürsorge gab die Generalkommission einen kurzen Bericht über die bisherigen Bemühungen um eine reichscentralistische Organisation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten einzugreifen, erfolglos blieb. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundsätze aufgestellt und den Gewerkschaften und Kartellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es mußte verhängt werden, daß die Kriegsgeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbstätigkeit unbilliger Behandlung ausgesetzt und zur Lohnbrüderie verurteilt, und daß die gewerkschaftlich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausübung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab ausführlich über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete, besonders die von dem Verband arrangierten Arbeitsverträge, erstattete sich harter Beteiligung bei Arbeiten und Verbänden. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Fassung:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hält es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen für dringend er-

forderlich, daß den Kriegsgeschädigten, soweit dies irgend anständig ist, Arbeitsgelegenheit in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.“

Sie bedauert, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichsagenturstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsgeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in dieser Bestimmung getroffen wird, daß

1. zur Berufsberatung der Kriegsgeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohnraub sein darf, d. h. daß die Kriegsgeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
3. die Tarifverträge auch für die Kriegsgeschädigten gelten und eine Herabsetzung oder Aufhebung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.

Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmern, Angestellten und Arbeiterorganisationen aus über die Kriegsdauer hinaus eingesetzt werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsgeschädigten zu entscheiden sind.“

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht betonte, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung angeordnet habe. Immerhin versprachen die vom Bundesrat am 2. Juni d. J. verfügte Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung (Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli d. J. und Mitteilung der Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. ab), sowie die Errichtung von Zentralauskunftstellen in den einzelnen Städten und Bezirken einige Besserung, und die Gewerkschaftsanhänger sollten nicht veräumen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. H. Freund (Berlin), dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, propagierten System von Auskunftsstellen, denn dieser „Sozialpolitiker“ verfuhr bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen und er mache sich sogar selbst die Ausbeutung der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften müßten daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftstellen überall verlangen, daß auch ihre Nachweise gemäß dem im preussischen Bundesrat vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen betreten sind. Die Debatte ergab im allgemeinen Übereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Dann folgte die Aussprache und Beschlußfassung über Krieg und organisatorische Einheit, worüber bereits berichtet wurde.

Eine Beschwerde über die systematische betriebliche Einschüchterung politischer Arbeiter in die Zeitungsredaktionen und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Hinsichtlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschloffen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken so lange abzuleben, bis die statistische Kommission geordnete Aufstellung einheitlicher Grundsätze darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsgeschädigtenfürsorge eine Zentralstelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, wonach die Krankenkassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn der Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Änderung der Rechtslage im Reichstag aber bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Änderung der Gewerkschaftsstatuten vorbereitet werden.

Am Schluß wurde über den vom jüngsten Verbandstag der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitschrift zu erwirken.“ Der Antrag fand fast einstimmige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Jettin redigierte „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorbereitende Aussprache mit dem Vorstandsmitglied über eine zweckdienliche Umgestaltung der „Gleichheit“ von einem anderen die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenzeitschrift gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein vorläufiger Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Eine Korrespondenz gebe die Genossin Hanna bereits heraus, und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblattes Schwierigkeiten ergeben sollten.

Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstkostenpreis für ihre weiblichen Mitglieder zugewiesen.

Aus der Partei.

Vom Bezirk Nordwest.

Auf einer am Sonntag, 11. Juli, in Bremen stattgefundenen Konferenz, an der Genosse Ebert als Vertreter des Parteivorstandes, der Bezirksvorstand, die Kreisvorstände der Wahlkreise Bremen, des 6., 17., 18. und 19. hannoverschen Wahlkreises, sowie Delegierte der einzelnen Ortsvereine, insgesamt 71 Genossen und Genossinnen teilnahmen, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz des Bezirks „Nordwest“ erklärt sich mit der Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion, sowie mit den Maßnahmen des Parteivorstandes einverstanden. Deshalb werden die Benutzungen des Parteivorstandes zur Verfeinerung des Parteibaus anerkannt und das Vorgehen zu einer internationalen Verständigung gebilligt.“

Die Konferenz bedauert die Zersplitterungsversuche einzelner Parteigenossen. Sie ist der Meinung, daß alle Meinungsverschiedenheiten in sozialer Weise innerhalb der Organisation ausgetragen werden können und jeder Versuch der Parteizersplitterung als ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse bezeichnet werden muß.

Der Kampf gegen den Lebensmittelmangel und die profitablen Unternehmungen ist entschlossen weiter zu führen. Parteimitteilung und Reichstagsfraktion werden ersucht, alles zu unternehmen, was dem Lebensmittelmangel ein Ende bereitet.“

Die Abstimmung erfolgte abgesehen. Absatz 1 wurde mit 52 gegen 10, Absatz 2 mit 38 gegen 6, Absatz 3 einstimmig angenommen. Die Gesamtrésolution wurde gegen 10 Stimmen angenommen. Ein Teil der Genossen mußte leider wegen Zögerung bei der Beendigung der Konferenz verbleiben. Die Genossen Ebert und Senke hatten in je zweistündigen Ausführungen ihren Standpunkt für und wider die Fraktionshaltung begründet.

Neue Getreide- und Mehlpreise.

Wien, 13. Juli. (B. B. Nichtamtlich.) Eine in der „Wiener Zeitung“ erscheinende sofort in Kraft tretende Verordnung fest die Preise bis zur Ernte 1916 für Weizen oder Spelz auf 34, für Roggen und Braugerste auf 28, für Futtergerste und Hafer auf 26 Kronen fest. Bei Abnahme von Weizen vor dem 16. September und Roggen vor dem 16. August und bei Hafer vor dem 1. Oktober 1915 werden noch feststehende Zuschläge berechnet. Die Mehlpreise werden später veröffentlicht werden. Die für die Brotherstellung benutzten Sorten werden eine erhebliche Preiserhöhung erfahren. Es steht fest, daß in einigen Wochen nur mehr untermischtes Edelmehl in den Verkehr gesetzt wird.

Nach einer Meldung der „Kreuztg.“ wird voraussichtlich Ende dieser Woche der Bundesrat eine Verordnung erlassen über die Festsetzung neuer Höchstpreise für Getreide und Mehl in Deutschland.

Für Preußen erlassen jetzt die zuständigen Minister die Ausführungsverordnungen für die neue Brotgetreide- und Mehlerzeugung.

In ganz Bayern gelten nunmehr die kürzlich vom Münchener Generalkommando erlassenen Strafordnungen gegen den Lebensmittelvertrieb.

Die Konferenz der Finanzminister.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „In der am 10. Juli stattgehabten Zusammenkunft der bundesstaatlichen Finanzminister gab der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Dr. Helfferich, einen Überblick über die Finanzlage des Reichs und die zur Durchführung des Krieges bisher ergriffenen und weiterhin geplanten Maßnahmen. Die hierauf folgende Aussprache ergab allseitige Übereinstimmung in der günstigen Beurteilung der deutschen Finanzkraft und die einstimmige Befürwortung des unerschütterlichen Entschlusses opferbereiten Zusammenwirkens bis zum siegreichen Frieden. Die von dem Reichsschatzamt in Aussicht genommenen finanziellen Maßnahmen, insbesondere seine Vorschläge über die bei den geforderten Körperschaften in der nächsten Tagung des Reichstags einzubringende neue Kreditvorlage, fanden einhellige Zustimmung. Auch über die Frage der Besteuerung der sogenannten „Kriegsgewinne“ fand ein Verständigungsausschuss statt, der Übereinstimmung darin ergab, daß die Erhebung einer Sondersteuer auf den durch den Krieg und während des Krieges entstandenen Vermögenszuwachs dem Reiche zustehe.“

Zuletzt hatte Bremen bereits die Erhebung einer solchen Sondersteuer beschlossen. Das Reich hat es damit anscheinend nicht eilig, es will wohl warten bis nach dem Friedensschluß.

Neues aus aller Welt.

... und gräbt, bis er endlich sein Grab sich gräbt ...

Aus dem Felde teilt ein Rittmeister A. der „Frankf. Htg.“ folgenden eigenartigen Vorfall mit: Es hatte in der Nacht arabisch gewittert und da ich dienstfrei war, machte ich einen kleinen Spaziergang, der mich an dem kleinen Soldatenfriedhof vorbeiführte, etwa 300 Schritte von meinem Quartier. Dort sah ich unseren prächtigen Ortsgeistlichen stehen neben einer Bohre, auf der ein blutjunger Husar lag. Daneben standen vier alte Landsturmlente, die eifrig ein Grab schaufelten, was nach dem heftigen Regen der Nacht etwas anstrengend war. Ein kurzes Gebet und die Schollen stürzten nieder auf die Leiche. Schon wollten die Landsturmlente weitergehen, als der Pfarrer sie bat, doch noch ein Referat auszusprechen, da er nicht immer Arbeitsmannschaften habe. Aber nur einer von den vier blieb zurück und grub bereitwilligst allein noch ein Grab aus. Ich unterließ mich noch einige Zeit mit ihm und erfuhr, daß er Badener sei, ein kleiner Bauer mit zahlreicher Familie; der älteste Sohn müsse jetzt auch hinaus. Schließlich betrachtete er stolz sein Werk und erntete Lob und Dank des Geistlichen. „Wer weiß“, meinte er im Fortgehen, „welch lustigem jungen Burlesken ich alter Kerl da das Grab bereitet habe.“ — Gegen Mittag führte mich der Gang zum Essen wieder am Friedhof vorbei, und schon wieder standen einige Landstürmer um den Pfarrer und verrichteten ein stilles Gebet. Als ich näher trat, sah ich auf der Bohre meinen Landsturmmann. Auf dem Heimwege war er von einem Granatsplitter zerrissen worden: er hatte sich selbst das Grab geschaufelt.

Aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück.

Zwei Tage vor der Kriegserklärung, am 17. Juli 1914 (russischen Stils), wurde ich, der ich als Sohn deutscher Eltern mein ganzes Leben in Vibau verbracht hatte, auf die Polizei bestellt, nach meinen Verhältnissen befragt und am nächsten Tage verhaftet und im Emigrantenhause untergebracht. Viele Landsleute traf ich hier, die dasselbe Schicksal trugen. Am Tage, als der Vibauische Kriegshafen von deutschen Schiffen beschossen wurde, überbrachte uns die Woche den Befehl zur Weiterreise. Da wir über genügend Geldmittel verfügten, durften wir dritter Klasse fahren, die andern Genossen wurden in Viehwagen befördert. Ueber Riga, Petersburg, Jaroslaw ging es nach Kaschira und von dort nach den verschiedenen Bestimmungsorten. Ich war nach Mologda bestimmt. Wir durften hier eine Wohnung mieten und frei leben, natürlich von den Russen geholt und bezahlt. Etwa 5000 Deutsche lebten hier, die meisten Männer. Täglich mußten wir zur Polizei; die Allee der Polizeistation gegenüber, von uns „die deutsche Börse“ genannt, war unser Treffplatz. Reiche Fabrikanten aus Moskau und Petersburg nahmen sich der notleidenden Leidensgenossen an. Mittags 12 Uhr und abends 8 Uhr wurde auf unserer „Börse“ Spalier gebildet, und jeder bekam 10 bis 12 Kopfen, um Essen kaufen zu können. So ging es einige Wochen, bis sich ein deutsches Komitee bildete, das in vorzüglicher Weise für alles sorgte. Sechs große Häuser wurden gemietet, jedes für etwa 200 Rubel monatlich, und hier dann viele Hunderte untergebracht, die hier auch ihr Essen erhielten. Wer nicht im Komiteegebäude wohnte, bekam 3 Rubel monatlich Mietgeld. Zwei deutsche Ärzte sorgten für unsere Kranken, impften uns alle, als Wunden vorkamen, und richteten ein Lazarett ein. In der Stadt durften wir frei umhergehen, uns nicht näher als 300 Schritte an den Bahnhof heranwagen und keine Eisenbahnstrecke überschreiten. Der Besuch von Kinos, Restaurants und öffentlichen Gärten war verboten, ebenso das Bootfahren und Angeln. Die härteste Strafe aber stand auf Deutschsprechen, drei Monate Gefängnis. Ich selbst mußte einen Monat im Gefängnis zu Mologda zubringen. Mein Haus-

wirt konnte uns Deutsche nicht genug verhöhnen. Als Beispiel von den Russen genommen war, läuteten alle 54 Kirchen der Stadt; sechs Tage lang mußte auf polizeiliche Anordnung geflaggt werden, und immer wieder rief mir der Wirt diesen Erfolg der Russen zu. Als nun die Russen aus der galizischen Stadt wieder verjagt wurden, sagte ich ihm: er könne jetzt die Fahne umdrehen, den Stoch nach oben. Er denutzte mich bei der Polizei, und ich bekam einen Monat Gefängnis. Das war die schlimmste Zeit meines Lebens, nur etwas gemildert durch das Zusammensein mit 15 Leidensgefährten. Die Not macht erfindend. Aus Brot formten wir uns Domino und Damesteine und vertrieben uns die Zeit mit Spielen. Am 3. Februar russischen Stils kam eine Verordnung, daß alle Frauen, alle männlichen Personen unter 16 und über 45 Jahren und alle Invaliden abreisen könnten. Von der Polizei bekam auch ich einen Erlaubnischein zur Abreise, vom deutschen Komitee Reisegeld. Unter Begleitung von Soldaten ging's in Wagen mit bemalten Fensterläden über Petersburg durch Finnland nach Schweden. Wir atmeten auf, als wir über die Grenze kamen und freuten uns der deutschfreundlichen Stimmung der Schweden und der überaus gastlichen und freundlichen Aufnahme durch unsern Konsul. Da ich als tauglich für Infanterie befunden worden und erst 37 Jahre alt bin, werde ich wohl bald ins Heer eintreten und hoffentlich den Russen so manches Unrecht, so viel Bekimmlungen und harte Behandlung heinzahlen können. („Sant. Echo“.)

Sterbefälle.

- Ausgang aus den Frankfurter Standesbüchern.
- 10. Juli. Schmiedle, Susanna, geb. Hofsach, verh., 64 J., Bittelbacher Allee 54.
 - 10. Fischer, Paul, 2 J., Eichenbachstr. 14.
 - 10. Bergen, Ferdinand Alfred, 6 M., Eichenbachstr. 14.
 - 11. Bernibus, Michael, Wirt, verh., 62 J., Range Straße 4.
 - 11. Brandt, Christian Heinrich, Dienstmann, Wwr., 50 J., Eichenbachstr. 14.
 - 11. Kengler, Ida, Dienstmädchen, ledig, 22 J., Eichenbachstr. 14.
 - 11. Rieper, Friedrich Karl, 2 J., Eichenbachstr. 14.
 - 11. Sperber, August, Tagelöhner, ledig, 49 J., Eichenbachstr. 14.

Protest gegen die Lebensmittelverfeuerung!

Freitag den 16. Juli 1915, abends 8 1/2 Uhr, im Zoologischen Garten:

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:

Maßnahmen gegen die Lebensmittelverfeuerung.

Referent: Reichstagsabgeordneter Legien (Berlin).

Männer und Frauen von Frankfurt a. M. Soll diese Protestbewegung gegen die Lebensmittelverfeuerung einen durchschlagenden Erfolg haben, so sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung.

Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M. Sozialdemokr. Verein Frankfurt a. M.

Wichtige Neuerscheinung!

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg

von Dr. Paul Lensch.

Teil I. — Kart. Angehörte Vereinsausgabe 40 Pfennig.

Aus dem Inhalt: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren. Die englische Weltbeherrschung und ihre Erschütterung durch den Krieg. — Der russische Faschismus. — Frankreich und der Krieg. — Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.

Großer Hirschgraben 17.

Gummierte

Aufklebe-Adressen

für Feldpostsendungen jeder Art nach folgendem Muster auf gummiertem Papier.

Abz.: Anna Schneider, Frankfurt a. M., Baust.	Feldpost.
	An den Landwehrmann
	Friedrich Schneider III
	18. Armee-korps, 21. Division Fussartillerie-Regt. Nr. 3 1. Bat., Munitionskol. Nr. 3.

Papiergröße ca. 6x9 cm.

50 Stück kosten 50 Pfg., 100 Stück 75 Pfg.

Bestellungen von auswärtigen bitten wir den Betrag beizufügen. Bei Einsendung durch Postanweisung kann die zu druckende Adresse auf den Abschnitt geschrieben werden.

Zu beachten ist die genaue Angabe der Adresse.

Diese praktische Aufklebe-Adresse mit Angabe des Absenders erleichtert durch ihre Deutlichkeit die Arbeit der Feldpost ungemein und ist sowohl für Briefe, Postkarten als Pakete gleich zu verwenden. Der Absender hat ferner die Adresse stets leicht zur Hand und kann diese auch Freunden und Bekannten des im Felde Stehenden zur Benützung weiter geben.

Lieferung in kürzester Frist.

Union-Druckerei G. m. b. H.

Frankfurt a. M., Grosser Hirschgraben 17.

- 11. Wille, Heinrich, Baugewerkschüler, ledig, 21 J., Brückenstr. 48.
- 11. Gewalt, Johann Adam, Invalid, verh., Sandhöfer Allee 4.
- 12. Wed, Anna Franziska, Schneiderin, ledig, 36 J., Richardstr. 9.
- 12. Ocker, Roder, Rikshändler, verh., 35 J., Eichenbachstr. 14.

Auf dem Schlachtfelde gefallen:

- 27. Ott, Fritz, Josef, Wehrmann, Tagelöhner, verh., 28 J., letzte Wohnung Eichenbachstr. 9.
- 23. Rebr, Käbel, Friedrich Ludwig, Pionier, Techniker, ledig, 23 J., letzte Wohnung Liebigstraße 5.
- 22. März, Oeh, Leopold, Musikant, Friseur, ledig, 26 J., letzte Wohnung Gladstraße 24.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Von Montag den 5. Juli bis einschließlich Montag den 2. August bleibt das Opernhaus geschlossen. Wiedereröffnung der Opernsaison: Dienstag den 3. August.

Frankfurter Schauspielhaus.

Dienstag, 13. Juli, 8 Uhr: 17. Schlußspiel der Egl.-Bühne: „Der heilige Mal“. Auf. Bonn. Ermäß. Pr.
Mittwoch, 14. Juli, 8 Uhr: 18. Schlußspiel der Egl.-Bühne. Zum ersten Mal: „Der dürre Baum“. Tragödie in drei Akten von Rudolf Briz. Auf. Bonn. Ermäß. Pr.
Donnerstag, 15. Juli: 19. und letztes Schlußspiel der Egl.-Bühne.

Neuch Theater.

Dienstag, 13. Juli, 8 Uhr: Zum 11. Male: „Rund um die Liebe“. Operette in 3 Akten von H. Bodanzky und J. Thelen. Musik von Csar Strauß. Ermäß. Pr.
Mittwoch, 14. Juli, 8 Uhr: Zum 12. Male: „Rund um die Liebe“. Operette in 3 Akten von O. Strauß. Ermäß. Pr.
Donnerstag, 15. Juli, 8 Uhr: Zum 13. Male: „Rund um die Liebe“. Operette in 3 Akten von O. Strauß. Ermäß. Pr.
Freitag, 16. Juli, 8 Uhr: „Das Glücksmädel“. Volksstück mit Gesang von H. Reimann und O. Schwarz. Volksstück. Pr. von 80 Pfennig bis 2.30 Mark.
Samstag, 17. Juli, 8 Uhr: Zum 1. Male: „Käuflein Duffel“. Operette in 3 Akten von Fr. Grünbaum und Heinz Reichert. Musik von Rudolf Nelson. Ermäß. Pr.

Albert Schumann - Theater.

Letzte Woche, abends 8 Uhr: „Durchlaucht Radleschen“

Riesengroßes Lager

feiner neuer

sowie von

Herrschaften

wenig getragener

Herren-

Anzüge

nur gute Qualitäten

zu den

allerbilligsten

Preisen.

Kaufhaus für

Monatsgarderoben

Töngesgasse 33

I. Stock

Auch während der

Kriegszeit

gebe gute

Schnell-

Nähmaschinen

an solv. Leute

bei bequemer Teil-

zahlung bill. ab.

A. Wriedt, Mechaniker

jetzt: Egenolffstr. 17

zwischen Rotteplat. u. Rothschild-Allee

L. Creelius Ww.

Zigarrenhandlung

Höchst a. M., Rönigkstr. 24.

Für Schuhmacher!

Militärsohlenschneiderei, viele schöne

Reinhalte für Geld usw., 1. Qual.

60 Pfg., 2. Qual. 30 Pfg. per Pfd., bei

Gratmann, Wiesbaden, Str. 42

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Frankfurt a. M.

Todes-Anzeige.

Unsere Mitglieder die traurige Nachricht, dass unser Kollege, der Former

Josef Happ

im Alter von 56 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet Mittwoch morgen 8 1/2 Uhr vom Hauptfriedhof aus statt.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Hanau a. M. u. Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag verschied plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Goldarbeiter

Jean Glück

im Alter von 56 Jahren. Die Kollegen werden dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.